

Anzeige gegen «Vote-in»- Veranstalter und Ledergerber

Bund der Steuerzahler auf Stimmenfang?

dwr. Der Bund der Steuerzahler hat nach eigenen Angaben gegen die Veranstalter der «Vote-in»-Party zur Uno-Abstimmung (NZZ 16. 2. 02) und gegen Stadtrat Elmar Ledergerber, einen der Gäste des Abends, Anzeige bei der Bezirksanwaltschaft erstattet. Die SVP-nahe Vereinigung setzt sich laut Communiqué «aus steuerlichen Gründen gegen den Uno-Beitritt» ein. SVP-Kantonsrat Alfred Heer und Thomas Meier, früherer Chef der SVP-Gemeinderatsfraktion, erheben den Vorwurf des Stimmenfangs und der Wahlbestechung. Die Veranstalter bezeichnen die Anzeige als «Wahlkampfmanöver». In einer eigenen Pressemitteilung hält Ledergerber fest, von ihm oder anderen anwesenden Personen sei niemand aufgefordert worden, für oder gegen die Uno zu stimmen. Die Organisatoren weisen darauf hin, an der Veranstaltung habe es weder Plakate noch Spruchbänder oder Reden zur Uno gegeben. Zudem seien Massnahmen getroffen worden, um eine juristisch einwandfreie Durchführung sicherzustellen. So sei jedem Besucher ein Handzettel abgegeben worden, den dieser vor Betreten des Saales und «vor den Augen der kontrollierenden Juristen» lesen musste. Darauf stand unter anderem: «Man kann bei uns abstimmen oder sein Couvert wieder mitnehmen. Was du stimmst, ist allein deine Sache.» Die symbolische Urne sei nur ein Behältnis gewesen, aus dem die Post die im Rahmen der brieflichen Stimmabgabe eingeworfenen Couverts direkt abholt habe.